Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 39. Sonntag den 22. Januar 1893. 87. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Deutschen Kaisers wird
Freitag, den 27. dss. Mts., Nachmittags 3 Uhr
ein **Festmahl** im Kaufmännischen Vereinshause stattfinden.

Diejenigen Herren, welche sich daran betheiligen wollen, werden ersucht, die Tafelkarten à 4 Mark bis zum Mittag des 25. dss. Mts. auf der Nuntiatur im Rathhause zu entnehmen.

Leipzig, den 15. Januar 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gröschel.

Die Sitzung der Stadtverordneten fällt in dieser Woche aus.

Leipzig, den 22. Januar 1893.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Dr. Schill.

Brennholzauction.

Montag, den 23. Januar d. Js., sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Mittelwaldschlage in **Abth. 1a des Burgauer Forstreviers,** zwischen den **Böhlitz-Ehrenberger Wiesen** und der **Flutrinne:**

137 Mtr. Eichen-
3 „ Buchen-
1 „ Ahorn-
5½ „ Rüstern-
8 „ Linden-
} **Brennscheite,**
40 **starke Abraumhaufen** und
75 **starke Langhaufen**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 18. Januar 1893.

Des Raths Forstdeputation.

Nutzholz-Auction.

Freitag, den 27. Januar d. Js., sollen von Vormittags 9 Uhr an die auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 17a des **Connewitzer Forstreviers** aufbereiteten **Nutzstücke,** als:

ca. 89 Eichen-	**Klötze**	von 20—120 cm Mittenst.				2—9	m Länge,
„ 14 Weißbuchen-	„	„ 26— 42	„	„	„	3—4	„ „
„ 6 Ahorn-	„	„ 20— 31	„	„	„	2—7	„ „
„ 43 Eichen-	„	„ 17— 59	„	„	„	4—9	„ „
„ 24 Rüstern-	„	„ 20— 59	„	„	„	4—13,5	„ „
„ 21 Erlen-	„	„ 18— 31	„	„	„	4—7	„ „
„ 2 Kastanien-	„	„ 23— 25	„	„	„	3—5	„ „
„ 1 Kiefern-	**Klotz**	„ 20	„	„	„	5	„ „
„ 1 Fichten-	„	„ 18	„	„	„	10	„ „
„ 1 Aspen-	„	„ 22	„	„	„	6	„ „
„ 1 Apfelbaum-	„	„ 30	„	„	„	2,5	„ „

sowie

„ 11 Eichen-, 29 Eichen-, 4 Rüstern- und 3 Ahorn-**Schirrhölzer,**

ferner:

13 **Fichten-Rüststangen** und
65 **Fichten-Stangen** VI., VII. und VIII. Classe,

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage hinter dem **Pflanzgarten** im **Streitholze** bei **Connewitz.**

Leipzig, am 16. Januar 1893.

Des Raths Forstdeputation.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Donnerstag, den 26. Januar d. J., sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Connewitzer Forstreviere,** Abth. 17a, dem sogenannten **Streitholze**

ca. 3 Mtr. **Eichen-Nutzscheite** I. Classe,
„ 15 „ **Eichen-Nutzscheite** II. Classe,
„ 160 „ Eichen-
„ 1 „ Weißbuchen-
„ 3 „ Rüstern-
„ 4 „ Erlen-
} **Brennscheite,**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Auf dem Holzschlage hinter dem **Pflanzgarten** im Streitholze bei **Connewitz.**

Leipzig, am 16. Januar 1893.

Des Raths Forstdeputation.

Gebäude-Versteigerung.

Montag, den 30. Januar 1893, Vormittags 11½ Uhr sollen die auf dem vormals Gordau'schen Grundstücke am Bahnhofe **Borsdorf** befindlichen Gebäude und zwar ein ca. 100 m langer, 17 m tiefer, massiver und mit Dachpappe eingedeckter Lagerschuppen, sowie ein kleines Nebengebäude an Ort und Stelle unter zuvor bekannt zu gebenden Bedingungen auf Abbruch meistbietend versteigert werden.

Königliches Abtheilungs-Ingenieur-Bureau II zu Leipzig.

Bekanntmachung.

Es sind von einer Dame, welche nicht genannt sein will,

20 Mark

— 10 ℳ von ihr selbst, 20 ℳ aus Charlottenburg — zu Gewährung von Kohlen „für arme frierende Kinder", ohne Namensnennung

3 Mark

„zum Essen unter der Mütze nothleidender Mitmenschen", ferner von einem Herrn, dessen Namen ebenfalls verschwiegen bleiben soll,

5 Mark

zu Vergebung in Kohlengutscheinen heute uns zugegangen, worüber wir mit herzlichstem Danke quittiren.

Leipzig, am 21. Januar 1893.

Das Armenamt.
Hentschel.

Städtische Gewerbeschule.

Anmeldungen zur Aufnahme für Ostern werden bis Ende Februar in den Stunden Vormittags 10—12 Uhr und Nachmittags 4—6 Uhr im Schulgebäude, Büchnerstraße 13, entgegengenommen.

Daselbst ertheilt auch der ergebenst Unterzeichnete nähere Auskunft über die Bedingungen zur Aufnahme ꝛc. in den **Tagescursus** oder in die **Abtheilungen des Abendcursus.**

Leipzig, den 18. Januar 1893.

Der Director:
Architekt P. Schuster.

Die Lage der deutschen Arbeit.

c. In den letzten Wochen konnte man die Erfahrung machen, daß auch immer große Arbeitermassen in Deutschland leicht geneigt sind, in den wirthschaftlichen Kämpfen durch Leidenschaften und plötzliche Gemüthsaufwallungen klare Einsicht und ruhige Ueberlegung zurückdrängen zu lassen. Denn nur wenn man den Ausstand der Bergarbeiter im Saardezirk unter diesem Gesichtspunct betrachtet, wird er verständlich. Wie die Verhältnisse dort auch liegen mögen: würden die Arbeiter ruhiger Ueberlegung das Wort gegönnt haben, so würden sie in der jetzigen Zeit nicht in den Streik eingetreten sein. Es war jedem Einsichtigen klar, daß dieser Ausstand mit einer Niederlage enden müsse. Die Folgen der letzteren werden die Bergleute zu tragen haben, aber die Bergbehörden sollten den Geist der Versöhnlichkeit walten lassen.

Schneidigkeit mag an vielen Orten gut sein, im Verkehr mit mündigen Arbeitern wirkt sie leicht verbitternd und aufreizend. Will man Strenge walten lassen, dann soll man es aber auch als eine unabweisbare Pflicht anerkennen, die Wünsche der Bergleute bei Zeiten zu hören und ihnen die Möglichkeit zu geben, solche Wünsche den Bergbehörden und Grubenverwaltungen geradenwegs und freimüthig vortragen zu können, ohne Maßregelungen befürchten zu müssen. Es ist verhängnißvoll, jeden unzufriedenen Arbeiter gleich „politischen Wühler" zu stempeln und ihm Gehör zu versagen. Nach unseren Erfahrungen bei früheren Ausständen sollten besonders die Grubenverwaltungen ein scharfes Auge darauf haben, wie die Bergleute von den Unterbeamten behandelt werden. Jede berechtigte und durch Furcht erstickte Klage des Arbeiters wird zum Fluch auf seinen Lippen.

Der Arbeitgeber soll ein vom Geist der Menschenliebe getragenes Gefühl der Selbstverantwortlichkeit für das Wohlergehen seiner Arbeiter besitzen. Bei den Lohnkämpfen der letzten Jahre konnte man mehrfach die Beobachtung machen, daß die Arbeitgeber ihre eigenen Arbeiter nicht kannten, daß deren Wünsche und Meinungen selbst in Beziehung auf das Arbeitsverhältniß ihnen eine völlig fremde Welt waren. Sie hatten den Verkehr mit den Arbeitern leider ausschließlich den Unterbeamten überlassen. Es ist aber für unser wirthschaftliches wie für unser politisches Leben verhängnißvoll, wenn die Arbeiter dem Arbeitgeber „fremde Menschen" sind und seinem Herzen nicht nahe stehen, wenn der Fabrikherr zwischen seinen Sprechzimmern und den Fabrikräumen eine Scheidewand errichtet und ihm die Behandlung der Arbeiter gleichgiltig oder unbekannt ist. Die neugeschaffenen Arbeiterausschüsse werden in diesen Verhältnissen nur dann eine Besserung herbeiführen, wenn dieselben freimüthig reden dürfen. Wahrheit und Klarheit wirken auch im Verhältniß des Arbeitgebers zum Arbeiter vereinigend, sie sind das beste Mittel gegen dumpfe Verbitterung, die zu plötzlichen Ueberraschungen und Ausschreitungen führt, wie wir solche wieder im Ausstand der Bergleute des Saardezirks erlebt haben.

In diesem Streik konnten die Bergleute um so weniger siegreich bleiben, da der Bedarf an Industriekohlen gegenwärtig nur ein mäßiger ist, große Kohlenvorräthe fast überall vorhanden sind und bei der noch immer gedrückten Lage des Arbeitsmarktes den Streikenden auch nachhaltige Unterstützung nicht zu Theil wurde. Denn obwohl einzelne Großgewerbe besser beschäftigt sind als im vorigen Winter, so ist doch die Mehrzahl der Arbeiter, wenn sie auch keineswegs im gewöhnlichen Sinne des Wortes unter einem Nothstand seufzt, so aber doch nicht im Stande und auch nicht gewillt, Streikunterstützungen zu zahlen.

Am ausgiebigsten scheint sich in den letzten Monaten der Geschäftsgang in einzelnen Zweigen der Textilindustrie gebessert zu haben. So hat die Weberei in Kleiderstoffen sehr bedeutende Aufträge sowohl für den deutschen Markt wie für das Ausland erhalten, auch die Wirkerei ist in ihren Hauptzweigen gut beschäftigt und sieht sich in der Strumpffabrikation selbst genöthigt, mit langen Ueberstunden zu arbeiten. Die Besserung dieser Industrie hat auch auf den deutschen Garnmarkt wohlthätig eingewirkt. Die Beschäftigung ist auch hier eine regelmäßigere geworden und hat im Zusammenhang mit den auf dem Weltmarkt langsam anziehenden Wollpreisen zu einer Steigerung der Garnpreise beigetragen. Auch die deutsche Spitzen- und Stickereifabrikation gehört zu jenen Erwerbszweigen, die sich in letzter Zeit eher gebessert, als verschlechtert haben, und ebenso kommen aus der Fabrikation künstlicher Blumen günstige Nachrichten über guten Geschäftsgang.

Nicht so günstig liegen allerdings die Verhältnisse in der Maschinenindustrie. Hier scheinen nur Fabriken mit besonders großem Ruf wirklich ausreichend und lohnend beschäftigt zu sein. Denn auch die etwas günstigere Lage der Textilindustrie hat den Bedarf an Textilmaschinen keineswegs merklich erhöht. Mit Erweiterungen ihres Betriebes sind gegenwärtig auch gut beschäftigte Fabrikanten vorsichtig. Mit Recht sind sie gegen die Conjunctur mißtrauisch; sie wollen sich nicht durch die Anschaffung theurer Maschinen große Lasten aufbürden, die schwer zu tragen sind, wenn den jetzt vorhandenen größeren Aufträgen nicht sofort andere folgen und die Maschinen wieder still stehen. Nur wo die Concurrenz die Verwerthung wichtiger neuer Erfindungen nothwendig macht, oder die geschäftliche Zukunft über die vorhandenen Aufträge hinaus sicher gestellt ist, sind capitalkräftige Fabrikanten zu Betriebserweiterungen und Neubauungen bereit. Im Allgemeinen kann man daher die Lage der Maschinenindustrie noch immer als schlecht oder mindestens als gedrückt bezeichnen. In der verwandten Eisenindustrie haben in den letzten Wochen selbst mehrfach Arbeiterentlassungen stattfinden müssen, die neuerdings im Bergwerksbetriebe auch durch den Ausstand veranlaßt sind.

Ein nahezu völliger Stillstand ist seit Wochen im Baugewerbe eingetreten. Die große Kälte verhindert selbst Erdarbeiten und die Beschäftigung im Innern von Neubauten, die in milden Wintern selten abgebrochen zu werden pflegt. Auch der Wassermangel hat den Arbeitsmarkt vielfach verschlechtert. Zahlreiche Betriebe, die auf Wasserkraft angewiesen sind, müssen schon seit Wochen ganz oder theilweise stillstehen.

Aber mißt man die Besserungen und Verschlechterungen des deutschen Arbeitsmarktes in ihrer Gesammtheit, so ist es nicht zweifelhaft, daß die Lage eine günstigere geworden ist. Arbeiterentlassungen sind seltener als im vorigen Winter, Betriebseinschränkungen sind weniger häufig. Lohnkürzungen gehören zu den Ausnahmen. Einzelne Erwerbszweige zahlen dagegen höhere Löhne und sie suchen Arbeiter. Gleichzeitig ist der Brodpreis gesunken, auch Kartoffeln und Fleisch sind billiger geworden. Im Allgemeinen hat sich daher die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gegen den vorigen Winter etwas gebessert, nur ausnahmsweise ist eine Verschlechterung eingetreten. Diese Ueberzeugung eines völlig unparteiischen Beobachters kann auch durch die Nothstandserörterungen nicht erschüttert werden.

Deutsches Reich.

ss. **Berlin,** 21. Januar. Zehn lange Sitzungen, zumeist mit grundsätzlich oder sachlich wichtigen Verhandlungsgegenständen, verzeichnen diese Woche die Parlamente Berlins — eine große Arbeitsleistung, die mehr Aufmerksamkeit verdient, als ihr geschenkt wurde, und sie sich unter andern Umständen auch erzwungen hätte. Zur Zeit aber läßt die Spannung auf das, was hinter den Coulissen vorgeht, kein Interesse für die offene Bühne aufkommen. Selbst die mit einem durchsichtigen Schleier verhängte Militärcommission steht in zweiter Linie, denn dort wird nur ratificirt — wenn überhaupt etwas ratificirt wird — was von wenigen maßgebenden Persönlichkeiten insgeheim vereinbart worden ist. Bis zur Stunde ist noch gar nichts geschehen und alle Vermuthungen bewegen sich auf schwankem Grunde. Die Regierung giebt sich den Anschein, als hätte sie in der Sache überhaupt nichts mehr zu thun und der Reichstag nur zuzusehen, wie er mit ihrer Forderung zurechtkommt. Das ist eben nur Schein; unsere mit Vorbehalt gemachte Mittheilung, daß Graf Caprivi in der Commission durch die Nennung einer niedrigeren Ziffer (50 000 Mann) die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen — wirklichen Verhandlungen — aus der Ferne gezeigt hat, bestätigt sich. Andererseits verdient ein Gerücht keinen Glauben, wonach Graf Caprivi von höherer Stelle am Nachgeben gehindert werde. Dieses Gerücht ist zuerst in einer demokratischen Zeitung aufgetaucht, die seit der letzten Eimerdatschiadenrede erstaunlich caprivifreundlich geworden, aber eine Gegnerin jeder Erhöhung der Friedensstärke geblieben ist. Die Absicht ist leicht zu merken: man will weiter Opposition machen können, unter dem Anschein, daß sie sich nicht gegen den Reichskanzler richte. Diese Fiction ist selbstverständlich nicht lange aufrechtzuerhalten, man läßt sie in dem betreffenden Lager theilweise schon jetzt nicht mehr gelten. Die „freisinnige Zeitung" nennt zwar die Meinung des „Hamb. Corr.", in jüdisch-deutschfreisinnigen Kreisen wünsche man neuerdings eine thatkräftige Unterstützung der Regierung durch die Partei, „barbiel", Herr Richter weiß aber sehr gut, daß sie sich auf Thatsachen stützt. Es ist jedoch erfreulicherweise durchaus nicht allein und nicht in erster Reihe die Rücksicht auf diesen Wunsch, welche in deutschfreisinnigen Abgeordnetenkreisen große Geneigtheit hervorruft, die abgegebene ablehnende Erklärung einer Revision zu unterziehen. Man glaubt in dieser Fraction vielfach, die zweijährige Dienstzeit, gewissermaßen das Rückgrat des alten Fortschrittsprogramms, nicht fallen lassen zu dürfen; man erkennt ferner die Nothwendigkeit, die militärische Ueberlegenheit Frankreichs auszugleichen, und man wünscht vor allen Dingen den Conflict nicht so allgemein, wie die Fanfaren der „Freis. Ztg." vermuthen lassen könnten. Die hier wiederholt geäußerte Ansicht, daß auch im Centrum noch nicht aller Tage Abend ist, finden wir durch die (von uns schon mitgetheilte. D. Red.) Auslassung des Decans Lender bestätigt, die diesen badischen Centrumsführer auf dem nationalliberalen Standpunct zeigt. Wenn ein Remedi die Decken von mehreren Fractionszimmern im Reichstage entfernte, der würde interessante Auseinandersetzungen zu hören bekommen. Inzwischen werden die officiellen Verhandlungen in der Commission fortgeführt. Nach dem für Montag erwarteten Schluß der allgemeinen politischen Erörterung wird eine Generaldiscussion über die drei Steuergesetze anheben.

⌣⌣ **Berlin,** 21. Januar. (Telegramm.) Königin Carola von Sachsen wird, während ihr Gemahl bereits am 23. dss. Mts. Nachmittags zu den Vermählungsfeierlichkeiten in Berlin eintrifft, zur Feier des kaiserlichen Geburtstages am 26. Januar Nachmittags 1 Uhr 37 Minuten ebenfalls hier eintreffen und im königlichen Schloß Wohnung nehmen. Im Gefolge der Königin werden sich befinden: die Oberhofmeisterin Frau von Pflugk, eine Hofdame und Oberhofmeister von Watzdorf.

— Der commandirende General des 10. Armeecorps General Bronsart v. Schellendorff hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es wurde ihm bereits im vorigen Jahre abgeschlagen; man glaubt jedoch, daß die Bewilligung jetzt erfolgen wird. Grund des Entlassungsgesuchs ist wie im vorigen Jahre die Krankheit seiner Frau. Als wahrscheinlicher Nachfolger gilt, der „Köln. Ztg." zufolge, Generallieutenant v. Seebeck, Commandeur der 16. Division in Trier.

— Der Generallieutenant und Commandeur der 13. Division, v. Westernhagen, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt worden.

— Die Mitglieder des Centrums aus dem Reichstage und Landtage haben bekanntlich am Geburtstage des verstorbenen Windthorst ein Fractionsfest gefeiert. Dabei hat Graf Ballestrem eine Rede auf das Centrum gehalten, in der er mahnte, das Erbe Windthorst's weiter zu pflegen und seine Lehre zu beherzigen: Seid einig, einig, einig! Dann fuhr der Redner fort:

„Die Einigkeit läßt sich ja leicht erreichen, wenn Jeder gewillt ist, von seiner eigenen besonderen Meinung etwas aufzugeben. Wenn es früher dem großen Ansehen und der unvergleichlichen Geschicklichkeit des Abg. Windthorst gelingen konnte, noch im letzten Augenblicke vor der Abstimmung die Einigkeit herbeizuführen, so müssen wir jetzt schon bei Zeiten darauf Rücksicht nehmen. Wenn ich in dieser ernsten Zeit diese ernsten Worte an Sie richte, so glaube ich im Sinne des Verewigten zu handeln, der jetzt auch gewiß die ernste Mahnung zur Einigkeit an Sie gerichtet hätte, eindringlicher, als ich es vermag, denn ich kann nur sein Schüler sein."

Mit etwas anderen Worten hat dies die nicht klerikale Presse schon lange gesagt! Aber es ist interessant, aus dem Munde des jetzigen „officiellen" Führers der Ultramontanen einmal zu vernehmen, wie es nach dem Tode Windthorst's in der Fraction zugeht. Den Führer sind sie los, die „Führer" sind geblieben!

— Die Aerztekammer Berlin-Brandenburg hat sich in ihrer letzten Sitzung u. A. auch mit der Frage der Heranziehung von Laien bei der Entmündigung von Geisteskranken beschäftigt und sich entschieden gegen jene Bestrebungen ausgesprochen. Die ganze Angelegenheit soll dem Ausschuß der preußischen Aerztekammer unterbreitet werden.

— Die von dem Verlag des „Volksblatt für Teltow-Beeskow" angekündigte Extranummer auf rothem Papier wird nicht zum Geburtstage des Kaisers, sondern „wahrscheinlich", wie der „Vorwärts" mittheilt, zum 18. März erscheinen. — Die Kinderei ist also nur aufgeschoben.

— In ihrer letzten geheimen Sitzung erklärte sich die Stadtverordneten-Versammlung damit einverstanden, daß aus Veranlassung der Hochzeit der Prinzessin Margarethe mit dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen an den Kaiser, die Kaiserin Friedrich und die Neuvermählten gemeinschaftliche Glückwünsche der beiden städtischen Behörden gerichtet werden.

* **Minden,** 19. Januar. Bekanntlich hat der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Minden-Lübbecke, der conservative Abgeordnete Bock, sich jenen 24 Abgeordneten angeschlossen, die das neue conservative Programm mißbilligen und an dem alten Programm von 1876 festhalten. Die Tivoli-Conservativen halten nun in Gemeinschaft mit den Deutsch-Socialen in dem Bock'schen Wahlkreise Versammlungen ab und preisen mit viel schönen Reden das neue Programm, wobei es selbstverständlich an Seitenhieben auf Herrn Bock nicht fehlt. Der Abg. Bock hat bereits erklärt, daß er eine Wiederwahl für den Reichstag ablehne. Es ist gewiß nicht angenehm, sich mit den Stöckerianern herumzuschlagen, aber wir müssen es, meint die „Köln. Ztg.", doch bedauern, daß ein gemäßigter Mann die Flinte ins Korn wirft.

* **Detmold,** 19. Januar. In der gestrigen Abendsitzung des Landtags kam der Antrag des Abg. Aschmissen, betr. das Verhalten des Cabinetsministers von Wolffgramm, zur Berathung. Bei dem allgemeinen Interesse dieses mehrfach öffentlich besprochenen Gegenstandes war begreiflicher Weise der Zudrang so stark, daß die Räumlichkeiten nicht ausreichten, um die Menge der Zuhörer zu fassen. Man glaubte allgemein, daß es wieder einmal zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Minister und dem Abg. Aschmissen kommen würde. Indessen entbehrten sich beide jeglichen Eingriffs in die Debatte. Wir können hier den Sachverhalt nur kurz wiedergeben. Als der Rechtsanwalt Aschmissen in zweiter Instanz vor dem obersten Gerichtshofe der Rechtsanwälte in Leipzig stand wegen Beleidigung des Cabinetsministers von Wolffgramm, fand er zufällig in den Acten einen Brief des Ministers an den Vorsitzenden des Gerichtshofes von Oeblschläger, datirt den 14. April 1892, in welchem gesagt wurde, daß der Angeklagte Aschmissen eine mehrfach wegen Beleidigung bestrafte Person sei, daß er zuletzt im Jahre 1884 wegen Beamtenbeleidigung mit einem Verweise durch den Ehrenrath geahndet worden. Wenn eine Bestrafung auf den Genannten eine erziehliche Wirkung ausüben könne, so sei dies Resultat nur durch eine empfindliche Geldstrafe und eine Warnung vor weiterer Beleidigung der Behörden unter Androhung der Ausschließung von der Rechtsanwaltschaft zu erwarten. Aschmissen sei in eine große Zahl von Anklagen und Processen, sogar wegen Majestätsbeleidigung verwickelt gewesen. Die Zahl seiner Verurtheilungen und seine erwiesenen systematische Anfeindung von Behörden charakterisire ihn aber schon hinlänglich als ein bedenkliches Subject. Er würde deshalb hierorts nicht nur von seinen sämmtlichen Collegen und Richtern gemieden, sondern stehe gesellig ganz vereinsamt da, weil Niemand mit ihm etwas zu thun haben möge. Dieser Brief gab dem Rechtsanwalt Aschmissen Veranlassung, sich in einer Immediateingabe an den Fürsten zu wenden und die Disciplinaruntersuchung gegen Wolffgramm, hauptsächlich wegen versuchter Beeinflussung des höchsten deutschen Richters, zu beantragen. Diese Eingabe wurde auf höchsten Befehl vom Minister dahin beantwortet, daß dem Antrage nicht stattgegeben werden könne, da kein Grund zu einem Disciplinarverfahren vorliege und es dem Bittsteller freigestellt würde, falls er sich persönlich beleidigt glaube, sich an die Staatsanwaltschaft zu wenden. Daraufhin beantragt nun Abgeordn. Aschmissen beim Landtage, dieser möge den Sachverhalt genau prüfen und sehen, ob eine Einwirkung in diesem Falle angebracht erscheine. Von den Abgeordneten der Linken wurde der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, seine Mißbilligung über das Verfahren des Herrn Cabinetsministers auszusprechen, weil er versucht habe, in einer nicht erlaubten und gerichtswidrigen Weise den Abgeordneten Aschmissen in der Meinung des Briefempfängers herabzusetzen. Derselbe stützte sich auf die Verfassung von 1836, in der es heiße, daß, wenn ein Mißbrauch der Verwaltung vorgekommen sei, dem Landtage ein Einspruch zustehe. v. Lengerke und Genossen beantragten dagegen, dem Petenten zu eröffnen, daß die fragliche Angelegenheit, insonderheit der fragliche Brief, soweit er einen persönlichen Charakter habe, sich dem Urtheil und der Einmischung des Landtags gänzlich entziehe und daß nur die durch den gedachten Brief versuchte Einwirkung auf das strafgerichtliche Urtheil, insofern sie als unberechtigt anzusehen nahe liege, ein allgemeines Interesse berühre, daß aber auch über diesen Punct ein abschließendes Urtheil auszusprechen der Landtag sich nicht für competent erachten könne, sondern sich darauf beschränken müsse, eine nähere Prüfung an maßgebender Stelle anzuregen. Nach der abfälligen Beschreibung des Beschwerdeführers sehe sich der Landtag außer Stande, eine Einwirkung in der gedachten Richtung an irgend einer Stelle zu ver-